

Ungeeignet zur Terrorbekämpfung

Erste Schützenorganisationen lehnen schärferes Waffengesetz in Bausch und Bogen ab

Von Beni Gafner, Bern

Nach Aussage des Bundesrats hat er Ende September eine «pragmatische Lösung zur Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie» gefunden. Mit seiner Revision des Waffengesetzes schöpfe er «den bestehenden Spielraum aus», zudem trage er der Tradition des Schweizer Schiesswesens Rechnung.

Die ersten beiden Vernehmlassungsantworten aus Schützenkreisen, die soeben veröffentlicht wurden, sprechen eine andere Sprache. Sowohl die Aktion «Finger weg vom Schweizer Waffenrecht», mit mehreren Tausend Unterstützern, sowie die «Vereinigung Legalwaffen Schweiz» (Lewas) kritisieren den Bundesratsentwurf massiv. Sie fordern kurzerhand den Verzicht auf die Überführung der EU-Richtlinie ins Schweizer Gesetz. Lewas schreibt dazu: «Eine pragmatische Umsetzung kann nur heissen: keine Umsetzung.»

Beide Organisationen bezweifeln, dass mit der Anpassung überhaupt eine wirkungsvolle Massnahme gegen Terrorismus erzielt werden kann. Sie sind mit dem Bundesrat nicht einverstanden, wenn dieser sagt: «Die europäische Waffenrichtlinie ist vor dem Hintergrund der terroristischen Bedrohung ausgearbeitet worden. Sie dient dem Kampf gegen den Missbrauch von Waffen.»

Hebel am falschen Ort angesetzt

Die Aktion «Finger weg vom Schweizer Waffenrecht» mit Initiant Patrick Jauch schreibt in der Vernehmlassungsantwort dazu: «Es gibt keinen Anhaltspunkt dafür, dass die getroffenen Massnahmen auch nur einen einzigen Effekt auf die Terrorismusbekämpfung oder die Reduktion von Gewaltverbrechen im Allgemeinen haben, da ausschliesslich Waffenbesitzer erfasst werden, die sich bereits an Gesetze halten müssen.»

Die Revision führe zu keinerlei ersichtlichen Massnahmen, die den Hebel dort ansetzten, wo die Probleme tatsächlich entstünden: «Bei der illegalen Verbringung ehemaliger Kriegswaffen – beim Schmuggel, bei der Grenzkontrolle, bei der Vernichtung ehemaliger Kriegswaffen.» Die Vereinigung Legalwaffen thematisiert dasselbe so: «Die Änderungen enthalten nun aber keinerlei neue Massnahmen gegen illegale Waffen, weder gegen den Handel noch gegen den



«Schwerer Schaden». Schweizer Schützen halten die EU-Waffenrichtlinie für kontraproduktiv. Foto Keystone

grenzüberschreitenden Transport, und dienen damit auch nicht im Mindesten der Bekämpfung von Terroranschlägen.»

Die vorgeschlagenen Änderungen stellten massive Erschwernisse für die legalen Waffenbesitzer dar, und dies, wo doch bei den meisten Anschlägen in letzter Zeit «fast ausnahmslos Waffen aus illegalen Kriegsbeständen» eingesetzt worden seien.

Fehlende Rechtsgrundlage?

Die «sträfliche Vernachlässigung der Sicherung der Schengen-Aussengrenze» habe dem Verbringen illegaler Waffen in den Schengen-Raum und damit auch in die Schweiz Tür und Tor geöffnet. Dass dieses «totale politische Versagen» nun auch noch zum Anlass genommen werde, die legalen Waffenbesitzer zu bestrafen, sei «skandalös». Beide Organisationen fragen sich, ob die EU-Waffenrichtlinie rechtens sei. Grundlage für die Richtlinie bilde Artikel 114 im Lissabon-Vertrag, dessen Inhalt aber die Förderung des Binnenmarktes sei.

Die Schweiz solle angesichts einer hängigen Klage der tschechischen Regierung am Europäischen Gerichtshof zuerst das Urteil abwarten, bevor hierzulande das Gesetz revidiert werde.

Die Regierung Tschechiens argumentiert, die neue EU-Waffenrichtlinie werde mit dem Kampf gegen Terror begründet, derweil es im Grundlagenartikel des Vertrags von Lissabon um die Binnenmarktförderung gehe.

«Finger weg vom Schweizer Waffenrecht» nimmt auch Stellung zum Umstand, dass die Schweiz gezwungen ist, dynamisches Schengen-Recht zu übernehmen, ansonsten ein Ausschluss aus Schengen-Dublin die Folge sei. «Die Drohung, dass die Schweiz aus dem Schengener-Assoziierungsabkommen ausgeschlossen wird, sollte mit staatsmännischer Grösse pariert werden», schreibt die Aktion. «Wir verlangen vom Bundesrat, erst die Konsequenzen einer Nichtumsetzung zu verhandeln, bevor in vorausweisendem Gehorsam Gesetze geschaffen werden, die untauglich sind, die Stimmungslage in breiten Bevölkerungskreisen massiv verschlechtern sowie darüber hinaus die wenig konstruktive Ablehnung der Betroffenen gegenüber der Europäischen Union weiter fördern.»

Nicht hinzunehmen sei auch die vorgesehene Umteilung von Schweizer Halbautomaten (Sturmgewehre 57 und 90) in die Waffenkategorie A (verbotene

Waffen). Bisher gehören diese Gewehre der Kategorie B an (bewilligungspflichtig).

«Die Tatsache, dass die am weitesten verbreiteten halb automatischen Waffen der Schweiz in ihrer bisher nur bewilligungspflichtigen Konfiguration neu durch die EU-Waffenrichtlinie zu verbotenen Waffen werden, wird dem Schweizer Schiesswesen sehr schweren Schaden zuführen», erwartet die Aktion «Finger weg vom Schweizer Waffenrecht». Allein der Begriff «verbotene Waffe» habe für potenzielle Schützen abschreckende Wirkung. Das Justizdepartement sehe die Lösung in einer freizügigen Erteilung von Ausnahmebewilligungen für zuvor nicht verbotene Waffen. Dies entspreche aber einer «Verhinderung des Privatwaffenbesitzes auf Raten».

Die EU wolle erstmals 2020 und danach alle fünf Jahre die Wirksamkeit der Waffenrichtlinie überprüfen. Die Gesetzesrevision werde bis zum nächsten EU-Diktat also nicht lange Bestand haben. Dies dürfe aber nicht sein. Die Schweiz müsse dieser Spirale von immer neuen, fremddiktieren Verschärfungen entkommen, auch wenn Schengen deshalb auf dem Spiel stehe.

Betrüger mit Vignette

Manipulierte Autobahn-Kleber

Bern. Beinahe eine halbe Million Autofahrer benutzen die Schweizer Autobahnen ohne Vignette oder mit einem manipulierten Aufkleber. Dem Bund entgehen auf diese Weise knapp 20 Millionen Franken jährlich. Gemäss der Eidgenössischen Zollverwaltung sind das rund fünf Prozent der gesamten möglichen Einnahmen aus den Vignettenverkäufen, wie ein Sprecher sagte. Er bestätigte gestern einen Artikel der Westschweizer Zeitung *Le Matin Dimanche*.

Wer ohne Vignette die Autobahnen benutzt, wird mit einer Busse von 200 Franken bestraft. Werden Vignetten gefälscht oder die Fälskate verwendet, führt dies zu einer Anzeige bei der Bundesanwaltschaft. Ebenso gebüsst wird die Mehrfachverwendung von Vignetten.

Auf Folie statt auf die Scheibe

Im August 2014 hatte das Bundesstrafgericht in Bellinzona einen Tessiner mit Wohnsitz im Fürstentum Monaco zu einer Bewährungsstrafe von 1000 Franken verurteilt. Er musste zudem die Verfahrenskosten in Höhe von 1300 Franken übernehmen.

Der Mann hatte eine Autobahnvignette auf eine Plastikfolie statt direkt auf die Scheibe geklebt. Dies tat er mit der Begründung, dass er sein wertvolles Auto habe schützen wollen: Seiner Erfahrung nach würden die Vignetten beim Entfernen Rückstände hinterlassen.

Abgabe künftig elektronisch

Die Tage der Klebevignette könnten aber ohnehin gezählt sein. Im Juni schlug der Bundesrat vor, die Nationalstrassenabgabe künftig elektronisch zu erheben. Eine Preiserhöhung ist nicht geplant. Die Vernehmlassungsfrist lief vergangenen Freitag ab.

Die Betriebskosten des neuen Systems dürften mit 35 Millionen Franken pro Jahr 13 Millionen Franken tiefer liegen als heute. Weil Missbrauch schwieriger wird, hofft der Bundesrat zudem, rund 26 Millionen Franken mehr pro Jahr einzunehmen. Das neue System könnte frühestens im Jahr 2023 einsatzbereit sein. Im Nachbarland Österreich soll nach Angaben des Autobahnbetreibers Asfinag die «digitale Vignette» bereits ab November dieses Jahres verfügbar sein. SDA

Kritik an Zoll-Amtshilfe

Bürgerliche kontra, SP dafür

Bern. Die Rechte ist gegen das geplante Abkommen über die gegenseitige Amtshilfe beim Zoll mit den USA. Es stelle ein Risiko für die Schweizer Wirtschaft dar. Nur die SP unterstützt den Gesetzesentwurf: Angesichts der engen wirtschaftlichen Verflechtung sei die Schliessung von Lücken in der Bekämpfung von Zollvergehen und Sicherheitsvorschriften wichtig.

Das Zoll-Amtshilfeabkommen sieht eine Zusammenarbeit und einen Informationsaustausch vor, um Zollwiderhandlungen zu vermeiden und zu untersuchen. Aus Sicht des Bundesrats ist das Abkommen im Interesse der Schweizer Wirtschaft, weil es die Voraussetzung für eine mögliche erleichterte Einfuhr von Waren in die USA ist. Ohne Abkommen seien die USA nicht bereit, Verhandlungen über ein Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung zollrechtlicher Sicherheitsmassnahmen aufzunehmen. Heute müssen Waren, die bei der Ausfuhr aus der Schweiz kontrolliert wurden, bei der Einfuhr in die USA ein zweites Mal kontrolliert werden.

Für SVP und FDP gefährdet das Abkommen die Vertraulichkeit von Informationen und den Schutz von Geschäftsgeheimnissen. Auch die CVP findet, dass die Vorteile für die Schweizer Wirtschaft «nicht klar absehbar» seien. Die Risiken seien dagegen beträchtlich. Für die SP erlaubt das Abkommen, wirkungsvoll gegen Zollvergehen vorzugehen. Die Partei lobt die verstärkte Sicherheit, besonders die Passagen über Massenvernichtungswaffen. SDA

Mehr Steuern, mehr Feminismus

Die SP will Kapitaleinkommen stärker belasten und die Frauen fördern

Olten. Die SP Schweiz hat an ihrer Delegiertenversammlung vom Samstag in Olten der 99-Prozent-Initiative der Jungsozialisten nach heftiger Diskussion ihre Unterstützung zugesagt. Die Juso-Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» möchte, dass Kapitaleinkommen von über 100 000 Franken ein einhalb Mal so stark wie Arbeitseinkommen besteuert werden. Die Delegierten sprachen sich mit 138 zu 17 Stimmen für eine Unterstützung aus.

Es gehe nicht um Klassenkampf, sondern um mehr Gerechtigkeit, sagte Juso-Präsidentin Tamara Funicicello. Es gebe Leute, die wüssten heute nicht, wie sie Mieten und Krankenkassenprämien bezahlen können. Auf der anderen Seite habe die Unternehmenssteuerreform II die Besteuerung von Kapital und Dividenden massiv gesenkt. Dies soll mit der Initiative wieder geändert werden. Es betreffe nur Personen mit einem Vermögen von über drei Millionen Franken, rechnete die Tessiner Nationalrätin Marina Carobbio vor. Dies entspreche 1,27 Prozent der Schweizer Steuerpflichtigen.

Feris Bedenken

Liberalere SP-Kreise lehnen die Initiative hingegen ab. Es treffe nicht nur Superreiche, und es würden weitere Steuerungerechtigkeiten geschaffen, sagte die Aargauer Nationalrätin Yvonne Feri. Vielmehr solle man die bestehenden Steuerungerechtigkeiten aus der Welt schaffen.

Auch andere kritische Stimmen meldeten sie sich zu Wort. Sie

bemängelten den unausgegorenen Initiativtext. Die Initiative sei von vorneherein zum Scheitern verurteilt. Die SP-Delegierten beschlossen am Samstag ferner, die Partei explizit feministisch auszurichten. Sie verabschiedeten nach langer Diskussion das «Manifest für eine konsequente feministische Sozialdemokratie». Feministische Themen müssten ins Zentrum der Partei rücken, forderte Natascha Wey, Co-Präsidentin der SP-Frauen. Männer in der SP müssten mehr über feministische Themen sprechen.

Sommarugas Klage

Das Manifest verlangt unter anderem ausgewogene Vertretungen in den Parteigremien, die 35-Stunden-Woche bei gleichem Lohn, Lohngleichheit, Kinderbetreuung bei SP-Delegierten und Parteitag und eine geschlechtergerechte Sprache. Fast 40 SP-Männer und SP-Frauen meldeten sich zu Wort. Mehrere Anträge der Juso, die das Papier radikalisierten wollten, wurden abgelehnt. Das Manifest nahmen die Delegierten nach fast dreistündiger Diskussion einstimmig an.

Politisch und gesellschaftspolitisch sei es ein Skandal, dass die Frauen weniger verdienten, hatte SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga als Einstimmung zum Thema gesagt. Dies drücke eine Haltung aus, dass die Frauen weniger wert seien als die Männer. Das Gleichstellungsgesetz gebe es seit 20 Jahren, doch bisher sei wenig geschehen. Deshalb habe der Bundesrat Massnahmen ergriffen. Die Firmen müssten künftig die Löhne offenlegen und gegebenen-

falls erklären, warum von zehn Geschäftsleitungsmitgliedern nicht zehn Frauen sind. «In der Tombola hat es fast nur Nietten, in den Chefetagen fast nur Männer», sagte Sommaruga.

Ein Bekenntnis anderer Art gab die SP mit der Annahme eines intern ausgearbeiteten Konzeptpapiers zur Schweizer Luftwaffe ab. Darin ist festgehalten, dass die SP ohne Wenn und Aber hinter der Gewährleistung der Sicherheit im Schweizer Luftraum steht. Hinter diesem Bekenntnis steht jedoch ein Aber. Dieses besteht darin, dass die Partei gegen den Kauf neuer Militärjets ist und stattdessen die alten aufmöbeln und über das Jahr 2030 hinaus in der Luft behalten will. Das Papier ging den Juso zu weit. Die SP sei eine Partei, die sich für Abschaffung der Armee ausgesprochen habe und die Friedensförderung vorantreiben wolle. Es sei unverständlich, dass von Neubeschaffungen von Jets die Rede sei.

Levrats Schelte

SP-Parteipräsident Christian Levrat war zuvor bei seiner Eröffnungsrede für einmal nicht den anderen Parteien an den Karren gefahren, sondern übte Kritik an den eigenen Reihen. Er kritisierte jene SP-Kreise, die mitgeholfen hatten, die AHV-Revision zu versenken.

«Einige von uns haben vor drei Wochen das Eigengolb des Jahrhunderts geschossen. Sie haben die Erwartungen ihrer Mitglieder oder ihrer Wählerschaft nicht erfüllt», sagte Levrat. Die SP hätte ohne die Gegnerschaft aus den eigenen Reihen die Abstimmung gewonnen. SDA

Nachrichten

Komitee gegen die Burka-Initiative

Bern. Der Appenzeller FDP-Ständerat Andrea Caroni hat ein überparteiliches Komitee gegen die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» gegründet. Bisher gehören ihm sieben Mitglieder aus dem gesamten Parteienspektrum an. Caroni begründet seinen Einsatz mit seiner «liberalen Überzeugung». Es sei nicht Aufgabe des Staates, Kleidervorschriften für seine Bürger festzulegen. Ausserdem führe ein solches Gesetz zu mehr Bürokratie. SDA

Internationales Halali im Kanton Wallis

Sitten. Im Wallis sind im Herbst jeweils Jäger aus aller Welt auf der Pirsch nach Gämsen und Steinböcken. Die Warteliste für die Spezialjagd ist lang. Für den Kanton Wallis ist es ein lukratives Geschäft. Die Jäger kommen aus anderen Kantonen sowie aus Deutschland, Österreich, Spanien, Italien und sogar den USA und Südamerika ins Wallis. SDA

Ausschaffungs-Initiative zeigt noch keine Wirkung

Bern. Laut einer Untersuchung der *Sonntagszeitung* sind noch keine Wirkungen der vom Stimmbekämpften Ausschaffungs-Initiative auszumachen. Eine Umfrage der Zeitung unter 17 Kantonen hat ergeben, dass sich die Zahl der Ausschaffungen krimineller Ausländer in der Periode Oktober 2016 bis Oktober 2017 auf dem Niveau der Vorjahre befindet. SDA